

# Freie Meinung

Ausgabe 1/2016

## Modellregionen

### ... tolle Idee oder Schnapsidee?

#### In dieser Ausgabe

Den Streit um Modellregionen  
betrachtet Siegfried Neyer

\*\*\*\*\*

Fußangeln der geplanten  
Bildungsreform findet  
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

\*\*\*\*\*

Die Bombe ist geplatzt.  
Lange Verheimlichtes zur  
Zentralmatura zeigt  
Dieter Grillmayer auf

\*\*\*\*\*

Lehrerprobleme durch  
Flüchtlinge und deren „Bildung“  
beleuchtet  
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Immer aktuell informiert!

[www.flv.at](http://www.flv.at)



Die österreichweite Initiative „Pro Gymnasium“ bringt einen konstruktiven Vorschlag in die Diskussion über **Modellregionen zur gemeinsamen Schule in Tirol und Vorarlberg** ein: „Wir schlagen die Errichtung einer Modellregion **Schi-Gesamtschule Arlberg vor**“, so Bundesobmann Dr. Rainer Gögele. „Alle bestehenden Schischulen des Arlbergs werden, ob sie wollen oder nicht, in diese Modellregion eingebunden. Kernstück des Fortschritts ist die Auflösung der bisherigen Gruppen, die nach Können der Schikursteilnehmer/innen eingeteilt wurden. Damit ist jetzt Schluss! **Ob stark oder leicht Fortgeschrittene oder blutige Anfänger: Alle werden gleichmäßig auf die Gruppen verteilt und bunt zusammengemischt**“, erläutert Gögele das zukunftsweisende schipädagogische Konzept.

Mehr über diese „großartige“ Idee auf Seite 4!

## Streit um Modellregionen

Von Sigi Neyer



An dieser Stelle war schon einmal die Rede von Modellregionen für die Gesamtschule. Mittlerweile hat die Bunderegierung die sogenannte Bildungsreform vorgestellt. Es war am 17.11.2015, als nach einer Nachtschicht Ministerin Heinisch-Hosek und Staatssekretär Mahrer mit Ringen unter den Augen gerade noch termingerecht die „fast geile“ (Zitat Mahrer) Vereinbarung vorstellten. Diese muss in eine Gesetzesvorlage umgewandelt und im NR beschlossen werden. Da einige Punkte eine 2/3-Mehrheit benötigen, ist dafür auch die Zustimmung der FPÖ oder der Grünen erforderlich. Seither wird verhandelt, eine mehrheitsfähige Vorlage ist noch nicht in Sicht.

Allein der Ausbau der Frühförderung dürfte auf weitgehende Zustimmung stoßen. Schon schwieriger wird die Erweiterung der Schulautonomie. Obwohl grundsätzlich begrüßenswert, vermutet man als gelernter Österreicher darunter eher eine Art Mängelverwaltung als die Umsetzung eines Schulleitbildes. Die Autonomie erschöpft sich dann wohl in der Entscheidung, ob man mit den unzurei-

chend vorhandenen Mitteln Heizmaterial für den Winter oder Klopapier anschafft. Wie eine Autonomie über bis zu 33% des Lehrplans in einer Oberstufe im Hinblick auf die Zentralmatura umgesetzt werden kann, ist auch völlig unklar. Die Lehrfreiheit im Rahmen des Lehrplans wird durch die bald anlaufende modulare Oberstufe ohnehin zur Makulatur, denn nun müssen genau einzuhaltende Semesterlehrpläne, sogar in Wahlpflichtgegenständen, erstellt werden.

Bei der Einrichtung von Bildungsdirektionen benötigt die Regierung jedenfalls eine 2/3-Mehrheit im NR. Eine Zusammenlegung der Landesschulräte und der Schulabteilungen der Länder ist sicher sinnvoll, um Mehrgleisigkeiten, die auch vom Rechnungshof schon mehrfach aufgezeigt wurden, zu beseitigen. Laut Regierungsübereinkommen soll das eine gemeinsame Behörde von Land und Bund werden, eine bisher einmalige Konstruktion. Präsident soll der Landeshauptmann oder das zuständige Mitglied der Landesregierung sein. Der Direktor soll dann auf Vorschlag des Landes vom Ministerium ernannt werden. Die Kollegien der Landesschulräte werden abgeschafft, was laut StS. Mahrer mehrere Millionen einsparen soll. Wie diese Einsparung zustande kommt, hat er aber nicht erwähnt, da alle eingesparten Positionen ehrenamtlich ausgeübt werden und allenfalls Sitzungs- und Fahrtgelder anfallen. Eine Kontrolle der Bildungsdirektionen durch demokratisch gewählte Organe ist nicht mehr vorgesehen. Zumindest einem Ausschuss

des Landtages müsste die Kontrollfunktion übertragen werden.

Der aktuelle Entwurf (Anfang Februar) wurde zwar mit den SPÖ-Landeshauptleuten akkordiert, nicht jedoch mit jenen der ÖVP. Diese befürchten nun die Abwanderung von Kompetenzen ins Ministerium und kontern mit einem Gegenentwurf. Vor allem stößt ihnen auf, dass das Ministerium alleine an der Spitze der Weiskette steht. Man darf gespannt sein, wie dieses Match ausgeht.

Der heftigste Streit betrifft die Modellregionen für die Gesamtschule. Eine solche soll laut Vereinbarung maximal 15 % der Schüler und Standorte eines Bundeslandes umfassen. Vor allem aus einigen ÖVP-regierten Bundesländern, die unbedingt eine Gesamtschule wollen, kam umgehend Protest dagegen. Im Gegensatz zur ÖVP signalisierte die Unterrichtministerin umgehend Gesprächsbereitschaft bezüglich einer Erhöhung dieser Beschränkung. Während die FPÖ die Gesamtschulregionen sinnvollerweise generell ablehnt, fordern die Grünen gleich eine Ausweitung der Modellregionen auf ganze Bundesländer. Dass damit das Mitbestimmungsrecht der Schulpartner beseitigt wird, stört die sonst so auf Mitbestimmung bedachten Grünen überhaupt nicht, wenn es darum geht, eigene Interessen umzusetzen. Leider ist zu befürchten, dass die Regierung den Grünen nachgibt und in der ÖVP so viele umfallen, dass landesweite Modellregionen möglich werden. Nachdem die Mitbestimmung der Schulpartner ausgeschaltet ist, bleibt als letzter Hemmschuh die Tatsache, dass ein solches Projekt an der Finanzierung scheitern kann, denn der Bund ist nicht bereit, mehr Geld auszugeben



wiebisher.

Aufschlussreich sind auch die Bemühungen in Tirol, solche Modellregionen zu finden. Naheliegender waren zunächst Osttirol und Außerfern mit jeweils nur einem Gymnasium und schlechter Erreichbarkeit. Damit wäre gewährleistet, dass nur wenige Schüler der Modellregion entfliehen können. Der massive und laute Protest aus beiden Regionen sorgte dafür, dass die zuständige Landesrätin Palfrader gleich wieder zurückruderte. Nun sind die Bezirke Imst und Landeck im Gespräch,

auch dort sind die Ausweichmöglichkeiten für Schüler sehr beschränkt, weshalb sich auch dort heftiger Widerstand regt.

Zusammenfassend kann also von einer echten Reform keine Rede sein. Einzig die Verbesserungen im vorschulischen Bereich und manche Erweiterungen der Schulautonomie lassen mit Einschränkungen eine Zustimmung zu. So sinnvoll die Zusammenlegung von Schulabteilungen und Landesschulräten auch ist, die vorliegende Konstruktion schränkt die demokratische

Kontrolle ein und bleibt weiterhin eine rot-schwarze Spielwiese. Richtig skandalös hingegen ist die Ausschaltung der Schulpartner bei der Festlegung von Modellregionen. Bleibt nur zu hoffen, dass es dafür im Nationalrat keine Mehrheit gibt.

## Die Mitbestimmung der Schulpartner muss bleiben!

Rainer Gögele, Obmann von Pro Gymnasium Österreich, zur Bildungsreform der Bundesregierung

„Nach dem Motto ‚Es kann nicht sein, was nicht sein darf‘ wollen einseitige Schulreformer die Mitbestimmungsrechte von Schülern, Eltern und Lehrern bei der Einführung von Gesamtschulversuchen abschaffen. Dies deshalb, weil bisher jeder Versuch, eine Gesamtschule zu etablieren, am Widerstand der betroffenen Schulpartner gescheitert ist“, ortet Rainer Gögele, der Obmann von Pro Gymnasium Österreich, und demokratische Tendenzen. „Das werden wir bekämpfen – Modellregionen kann und darf es in Österreich nur geben, wenn die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer das ausdrücklich wünschen! Jeder Nationalratsabgeordnete wird daran zu messen sein,

ober für oder gegen demokratische Mitbestimmung und damit für oder gegen den Erhalt des Gymnasiums in seinem Wahlkreis ist!“

„Die Beschränkung der an Gesamtschulversuchen beteiligten Schulen und Schülern auf 15 % ist notwendig, um z. B. eine flächendeckende ‚Gesamtschulregion Vorarlberg‘ zu verhindern“, erklärt Gögele, „Aber natürlich dürfen auch diese 15 % an Schulen bzw. Schülern nicht entmündigt werden! Auch dort gilt, dass die Zustimmung der Schulpartner Grundvoraussetzung für eine Modellregion ist. Vor allem in Tirol und Wien strebt man an, davon hemmungslos Gebrauch zu machen, während andere Bun-

desländer – wie etwa Niederösterreich – sofort angekündigt haben, keine Gesamtschulversuche zu starten!“

„Wichtig ist, dass in ganz Österreich für Eltern die Wahlmöglichkeit bestehen bleibt, ob ihr Kind die Neue Mittelschule oder das Gymnasium besucht“, betont Gögele. „Ich setze hier vor allem auf die ÖVP, der Mitbestimmung auf Basis der christlichen Soziallehre immer ein hoher Wert gewesen ist. Abzulehnen sind die medial kolportierten Erpressungsversuche der Grünen, die ihre in einigen Bereichen notwendige Zustimmung mit unverschämten Forderungen junktimieren“, meint Gögele abschließend.



## Der Sozialforscher Bernhard Heinzlmaier im „Kurier“ vom 18. Oktober 2015:

Die neuen FPÖ-Wähler wollen keine multikulturelle Gesellschaft. Die Lebenssitten von Flüchtlingen aus dem arabischen Raum sind für sie genauso Ausdruck einer kulturellen Un-Ordnung wie der Life-Ball. Man könnte sagen: Für diese Menschen zählt das Sich-an-Regeln-halten.

Die neuen FPÖ-Sympathisanten sind keine dumpfen Rassisten, sondern Konformisten. Sie denken: „Ich zahl' meine Steuern, fahr' selten zu schnell, ich fall' nicht auf und halte mich an die Regeln – also müssen alle anderen genau das auch machen.“

Wenn das Konformismus ist, dann bin ich gerne Konformist! (Obwohl ich im Berufsleben eigentlich als „Alternativer“ gegolten habe.)

*Dieter Grillmayer*

## Pro Gymnasium schlägt Errichtung einer Modellregion „Schi-Gesamtschule Arlberg“ vor

Die österreichweite Initiative „Pro Gymnasium“ bringt einen konstruktiven Vorschlag in die Diskussion über Modellregionen zur gemeinsamen Schule in Tirol und Vorarlberg ein: „Wir schlagen die Errichtung einer Modellregion Schi-Gesamtschule Arlberg vor“, so Bundesobmann Dr. Rainer Gögele. „Alle bestehenden Schischulen des Arlbergs werden, ob sie wollen oder nicht, in diese Modellregion eingebunden. Kernstück des Fortschritts ist die Auflösung der bisherigen Gruppen, die nach Können der Schikursteilnehmer/innen eingeteilt wurden. Damit ist jetzt Schluss! Ob stark oder leicht Fortgeschrittene oder blutige Anfänger: Alle werden gleichmäßig auf die Gruppen verteilt und bunt zusammengemischt“, erläutert Gögele das zukunftsweisende schipädagogische Konzept.

Dahinter steht das (pseudo)wissenschaftlich belegte Argument, dass die fortgeschrittenen Schifahrer/innen von den Anfängern lernen können und umgekehrt. Insbesondere in den Berei-

chen Sport und Musik hat sich dieses Prinzip in der Praxis schon mehrfach bewährt. So soll ein Training des SK Hintertux mit der Mannschaft von FC Barcelona das fußballerische Niveau der Zillertaler in unermessliche Höhen getrieben und auch die Spanier neu motiviert haben. Geplant ist auch eine gemeinsame Probenwoche der Musikkapelle Laterns mit den Wiener Philharmonikern, um das musikalische Können beider Klangkörper zu steigern.

Nun soll dieses erfolgversprechende Konzept auch auf die Schischulen übertragen werden, bevor man es auf den Ernstfall Schule loslässt. Eine erste Konsequenz wird das gemeinsame Benützen des einfachsten zur Verfügung stehenden Übungshanges sein, um die Anfänger nicht zu überfordern. Besonders die stark Fortgeschrittenen werden damit ihre Freude haben und ihr Talent voll entfalten können. Am Ende des Schikurses winkt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die sofortige Aufnahme in

den A-Kader des ÖSV – die Fortsetzung der österreichischen Schierfolge ist damit langfristig gesichert.

Sollten Schischulbesitzer und Schilehrer/innen einen Einwand gegen diese Modellregion haben: Diese werden gar nicht gefragt! Das wäre ja noch schöner, wenn die Betroffenen mitentscheiden könnten, wie ihre Schischulen arbeiten. Aber selbstverständlich wird dieses Projekt evaluiert werden. „Dafür schla-



gen wir ein Expertenteam um ÖSV-Präsident Prof. Peter Schöcksnadel vor“, beschließt Rainer Gögele den zukunftsweisenden Vorschlag von Pro Gymnasium.

### OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wider. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, [dgm@a1.net](mailto:dgm@a1.net), Tel. 00436505202642.

Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2

Hersteller: Pleschko & Pleschko, [www.pleschko.com](http://www.pleschko.com), 4631 Krenglbach 27





## BILDUNG FÖRDERN

### Abschnitt Bildung im neuen Grundsatzprogramm der Tiroler Freiheitlichen

**Die FPÖ Tirol bekennt sich zu einer effizienten Bildungspolitik, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen, Neigungen und Fähigkeiten der Menschen wie auch an den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes orientiert. Aus diesem Grund lehnen wir ein sinnloses Quotendenken (Maturantenquote, Akademikerquote, usw.) ab und setzen uns für ein selektives, nach außen und innen differenziertes Bildungssystem ein. Deshalb bekennen wir uns auch zum Gymnasium in seiner Langform und lehnen eine flächendeckende Einführung der Gesamtschule strikt ab.**

Die FPÖ Tirol befürwortet entschieden die Einbeziehung von körperbehinderten Menschen in das Regelschulwesen, soweit dies durch bauliche Maßnahmen oder die Anschaffung besonderer Unterrichtsmittel bewältigt werden kann. Für körperbehinderte Menschen, die einen erhöhten personellen Betreuungsaufwand benötigen, sind Spezialschulen zu unterhalten, die ihnen die intellektuell bestmögliche Ausbildung ermöglichen. Menschen mit geistigen Defiziten sollen in sonderpädagogischen Einrichtungen besonders gefördert und zu einer selbstständigen Lebensführung angeleitet werden.

Leistung, Kreativität und Innovation basieren immer auf Selbstdisziplin. Selbstdisziplin wiederum ist aber ein Ergebnis anerzogener Disziplin. Die FPÖ Tirol bekennt sich in diesem Sinne zu einem geordneten Schulbetrieb, zur Gewährleistung der Amtsauctorität

der Lehrpersonen und zur Schaffung eines effizienten, durchsetzungsstarken disziplinären Ordnungsrahmens.

Die FPÖ Tirol bekennt sich zum Ausbau der Ganztagesbetreuung, solange diese grundsätzlich auf freiwilliger Inanspruchnahme basiert. Eine verpflichtende Ganztagesbetreuung für junge Menschen mit mangelhaften Deutschkenntnissen oder solchen, deren notwendige Bedürfnisse im familiären Umfeld nicht erfüllt werden können, wäre aber sinnvoll. Die Kosten der Ganztagesbetreuung in Schulen und Kindergärten sind von jenen Gebietskörperschaften zu tragen, deren Gremien den Ausbau der Betreuung beschließen. Die Gemeinden dürfen dadurch nicht in eine Kostenfalle geraten.

Die FPÖ Tirol bekennt sich zum Hochschulstandort Tirol, zur Leopold-Franzens-Universität als

Tiroler Landesuniversität und zu einer Hochschulausbildung, welche die Vermittlung intellektuell anspruchsvollen Wissens bzw. Könnens und die Anregung der Studierenden zu eigener wissenschaftlicher Forschung bzw. künstlerischer Tätigkeit zum Ziel hat. Insbesondere die Stellung der technisch-mathematisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen soll dabei gefördert werden. Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre muss gewährleistet bleiben, soweit dies im Rahmen der unverletzlichen Grundrechte des Menschen möglich ist.

Die FPÖ Tirol will die informelle, interessensspezifische Weiterbildung der Bevölkerung durch ein breit gefächertes und intellektuell ansprechendes Volksbildungswesen unterstützen.

## Deutsch als Pausensprache

Von Christine Baumgartner

In mehreren Bundesländern wird in letzter Zeit Deutsch auch als Pausensprache gefordert. Zwar lässt sich das nicht leicht kontrollieren, aber ist das notwendig? Nichts hilft mehr, eine neue Sprache zu erlernen, als wenn ausschließlich in dieser Sprache kommuniziert wird. Auslandsaufenthalte zeigen das deutlich seit Jahrzehnten, es ist keine neue Erkenntnis. Was soll also daran diskriminierend sein? Unsere Zuwanderer wollen bei uns bleiben und sollen sich integrieren. So ist das schnellstmögliche Erlernen der für sie neuen Sprache ein Muss. Schließlich ist es ein selbstverständliches Zeichen der Höflichkeit, dass man in der Sprache spricht, in der man auch von allen verstanden wird.

# 160 Teilnehmer beim Lehrertag der Freiheitlichen Lehrer in Oberösterreich

Von Dieter Grillmayer

Am Mittwoch, 2. Dezember 2015, fand in Oberösterreich der Landeslehrertag statt. Der Freiheitliche OÖ Lehrerverein lud die Kollegenschaft ins „Rosenberger“ an der Autobahnraststation Ansfelden zu einem Vortrag des bekannten Kinder- und Jugendpsychologen Dr. Michael Winterhoff mit dem Titel „Warum unsere Kinder Tyrannen werden“ ein.

Beim FOÖLV hatte man sich daran gewöhnt, dass infolge der von der linken Jagdgesellschaft seit einem Vierteljahrhundert veranstalteten Hetze gegen alles, was sich freiheitlich nennt, zu seinen Jahrestreffen in den letzten 25 Jahren nur eine gut überschaubare Zahl von Gästen hinfand. Auch ist es schon vorgekommen, dass beim Eintreffen des Fernsehens die Mehrzahl der Gäste den Vortragssaal fluchtartig verließ. Nun ist es zweifellos dem prominenten Vortragenden, aber wohl auch der im Land ob der Enns überall spürbaren Aufbruchsstimmung geschuldet, dass diesmal über 160 Teilnehmer gezählt wurden, sodass der Vortrag erst mit erheblicher Verspätung beginnen konnte, mussten doch erst Dutzende von Sesseln in den berstend vollen Saal gekarrt werden.

Bei der dem Winterhoffschen Referat vorgelagerten Jahreshauptversammlung kam es zu einem Generationenwechsel bei der Vereinsleitung. Auf die äußerst verdiente Obfrau Dipl.-Päd. Christine Baumgartner (NMS Neumarkt/Mkr.) folgte mit Dipl.-Ing. Harald Sander

ein Welser HTL-Lehrer als Obmann nach. Zu seinen Stellvertretern wurden spartenbezogen Dipl.-Ing. Dietmar Wokatsch (AHS/BHS), Dipl.-Päd. Georg Seidenbusch (VS), Dipl.-Päd. Gerd W. Faderl (HS/NMS) und Wilfried Schorn (BS) gewählt. Baumgartners Vorgänger als Obmann und mit Dank entlasteter Kassier OStR. Walter Stadler zog sich auf das Amt des Rechnungsprüfers zurück.

## Warum unsere Kinder Tyrannen werden

Winterhoff vertritt in seinem Buch „Warum unsere Kinder Tyrannen werden“ (oder: „Die Abschaffung der Kindheit“) vor allem folgende drei Thesen:

1. Das Kind wird als kleiner Erwachsener behandelt (Kind als Partner)
2. Der Erwachsene entwickelt das Bedürfnis, vom Kind geliebt zu werden (Projektion)
3. Das Kind wird im Rahmen einer psychischen Verschmelzung ein Teil des Erwachsenen (Symbiose)

Dadurch komme es zu einer Machtumkehr, die dem Kind die Chance auf eine gesunde Entwicklung verbaue. Michael Winterhoff sagt: „Wenn wir nicht bald anders handeln, wird unsere Gesellschaft ihre Kinder hassen!“ Er zeigt in seiner Analyse, warum es wichtig ist, in der Erziehung die psychische Entwicklung von Kindern in den Mittelpunkt zu stellen. Der emotionale Missbrauch unserer Kinder unter dem Deckmantel eines partner-

schaftlichen Umgangs wird zur Anfrage an die kulturelle Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft. Der Autor belegt diesen emotionalen Missbrauch mit vielen anschaulichen Fallbeispielen. Er zeigt in seinen Büchern: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und sagt: „Nur wenn unsere Kinder wieder wie Kinder behandelt werden, können sie in einem positiven Sinne lebensfähig werden.“

Winterhoffs Buch erreichte laut Verlagswerbung binnen eines Jahres



eine Auflage von 280.000 Exemplaren und liegt inzwischen bei über 450.000 verkauften Exemplaren. Das Buch landete in der Jahresbestsellerliste 2008 des Magazins „Der Spiegel“ auf Platz 4 der Sachbücher. Dieser Erstling brachte Winterhoff eine beachtliche Medienpräsenz als Gast in Talkshows und in Diskussionsforen. Mit



„Tyrannen müssen nicht sein“ erschien 2009 eine Fortführung des Werkes. 2010 ist ein dritter Band mit dem Titel „Persönlichkeiten statt Tyrannen“ erschienen, der in Zusammenarbeit mit der Arbeitspsychologin Isabel Thielen Winterhoffs Erkenntnisse auf den Ausbildungssektor anwendet. So wird beispielsweise die unzureichende Ausbildungsreife vieler Schulabgänger unter anderem mit den in den ersten Bänden herausgearbeiteten Beziehungsstörungen erklärt.

### Kurzbeschreibungen, Leseproben

**Buch 1:** „Warum unsere Kinder Tyrannen werden“ (oder: „Die Abschaffung der Kindheit“). Unter Mitarbeit von Carsten Tergast. Gütersloher Verlagshaus; Gütersloh 2008, ISBN 978-3-579-06980-7. Auch als Hörbuch, ISBN 978-3-579-07625-6. Leseprobe:

In deutschen Wohnstuben sind sie allabendlich auf den TV-Schirmen zu sehen: „Super-Nannies“ oder Super-Mamas werden vor laufenden Kameras in einen Familienalltag eingeschleust, in dem schon längst so ziemlich alles kaputt gegangen zu sein scheint. Ein Familienalltag, der nichts mehr mit dem zu tun hat, was wir ursprünglich einmal im positiven Sinne damit verbunden haben. Stattdessen: außer Rand und Band geratene Kinder, kreischende, schreiende Eltern und Geschwister: schlagende Beispiele einer menschlichen Entwicklungsstufe, die doch eigentlich unser aller Zukunft sein sollte.

Die Botschaft ist klar: Deutschlands Kinder sind nur noch mit harten Methoden, einer Art „Zero-Tolerance“-Strategie in der Erziehung auf Kurs zu bringen. Derartige Überzeichnungen von auf Krawall gestylten Dokus deutscher TV-Stationen, gesendet zur Prime-Time, umringt von den teuersten Werbeflächen des Programms, werden gerne als „Schund“, „Unterschichten-TV“ oder „peinlich“

gebrandmarkt. Und doch bringen sie oft genug ein latent in der Gesellschaft vorhandenes Gefühl ebenso auf...

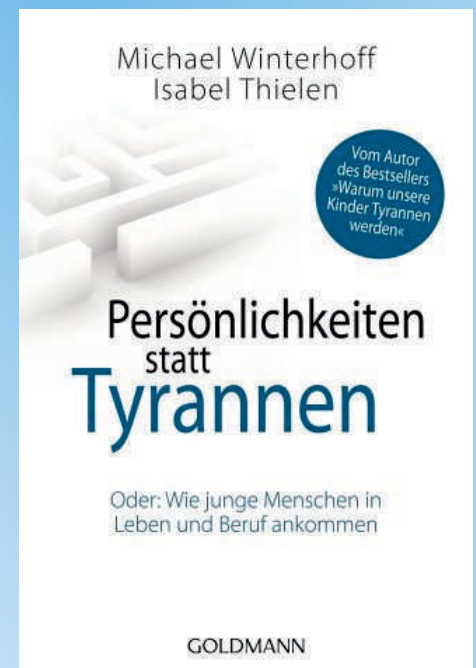
**Buch 2:** „Tyrannen müssen nicht sein: Warum Erziehung nicht reicht – Auswege“. In Zusammenarbeit mit Carsten Tergast. Gütersloher Verlagshaus; Gütersloh 2009, ISBN 978-3-579-06899-2. Kurzbeschreibung:

Auswege: Wie unsere Kinder wie-



der zukunftsfähig werden können. In seinem neuen Buch weist Michael Winterhoff Wege aus der Krise: Wenn Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen ihre Verantwortung für die Psyche der Kinder ernst nehmen, können sie alle dazu beitragen, dass aus den kleinen Tyrannen wieder fröhliche und gesunde Kinder werden. Der klassische Erziehungsbegriff muss dringend abgelöst werden durch ein Modell, das die psychische Reifeentwicklung des Kindes in Einklang bringt mit seinem körperlichen Alter. So kann ein erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial entschärft werden, und es wird wieder glückliche Kinder geben, die sich zu beziehungs- und arbeitsfähigen Erwachsenen entwickeln können.

**Buch 3:** „Persönlichkeiten statt Tyrannen: Oder: Wie junge Menschen in Leben und Beruf ankommen.“ Von Michael Winterhoff und Isabel Thielen. In Zusammenarbeit mit Carsten Tergast. Gütersloher Verlagshaus; Gütersloh 2010, ISBN 978-3-579-06867-1.



Kurzbeschreibung: Am 15. März 2010 erschien „Persönlichkeiten statt Tyrannen“, das mit Spannung erwartete dritte Buch von Dr. Michael Winterhoff, dieses Mal gemeinsam verfasst mit der Koautorin Isabel Thielen. Zusammen mit Isabel Thielen, Psychologin und Personalchefin eines großen Wirtschaftsunternehmens, analysiert der renommierte Kinderpsychiater in teils aufrüttelnder Klarheit die Auswirkungen der von ihm im Bestseller „Warum unsere Kinder Tyrannen werden“ erstmals beschriebenen Reifedefizite auf die Ausbildungs- und Arbeitsfähigkeit junger Erwachsener: Betroffen sind nicht nur weite Teile unserer Gesellschaft, sondern besonders auch die Leistungsfähigkeit von Betrieben und Volkswirtschaft.

## Die Fußangeln der geplanten „Bildungsreform“

Von Josef Pasteiner

**Für die Eckpunkte Schulautonomie, Bildungsdirektionen und Modellregionen braucht die SPÖ-ÖVP-Koalition im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit. Da die FPÖ dazu sicher keine Zustimmung geben wird, hängt nun diese „Schulreform“ von den Grünen ab. In ihrer ORF-Pressestunde am 29.11.2015 erklärte Glawischnig, dass die Grünen den geplanten Modellregionen für die Gesamtschule als zehnjährigen Schulversuch mit 15% der Schüler und Schulen sicher nicht zustimmen werden. In Vorarlberg, wo auch die ÖVP für die Gesamtschule eintritt, würde so nur ein Gymnasium dabei sein. Man muss nun ein beinhartes Pokerspiel um die Gesamtschule befürchten, wobei die linken Parteien offensichtlich die besseren Karten haben. Die Bundes-ÖVP hat nämlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder Richtung Gesamtschule umzufallen oder die ohnehin verhaute „große Schulreform“ platzen zu lassen.**

Es klingt gut, wenn ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und eine Schuleingangsphase ab 2016 österreichweit eingeführt werden. Es soll auch eine durchgehende Sprachstands- und Entwicklungsdokumentation mittels Portfolio-System vom Kindergarten an bis zum Ende der Schullaufbahn geben. Über die damit verbundenen Kosten gibt es keine Prognosen! Da es immer mehr Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache gibt, in Wien sind es schon 62%, klingt diese Regelung sehr vernünftig. Es wurde nun aber bekannt, dass es in Wien schon 150 islamische Kindergärten gibt. Wer glaubt, dass in diesen das Erlernen der deutschen Sprache den ersten Stellenwert einnimmt? Abgesehen davon besuchen schon jetzt 95% der Kinder den zweijährigen Kindergarten. Trotzdem bewirkt der Mangel an Deutschkenntnissen, dass mehr als 20% der Jugendlichen nach neun Schuljahren als strukturelle Analphabeten gelten! Daher sind sich die Pädagogen einig, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr bringe zu wenig.

So klagt eine Kindergärtnerin im Kurier vom 24.11.2015, dass kein Kind ihrer Gruppe Deutsch spricht. Für sie allein sei es schwierig, die Kleinen so zu fördern, dass sie am Ende die deutsche Sprache beherrschen. Die Ex-Direktorin einer BAKIP (= Bildungsanstalt für

Kindergartenpädagogik) kritisiert, die Kindergartenassistentinnen hätten oft selbst nur schlechte Deutschkenntnisse. Daher sollten die Kindergartengruppen kleiner werden und es müsste dafür mindestens zwei ausgebildete Pädagoginnen geben. Dies würde

*Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von NÖ, Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann der Freiheitlichen Lehrer von NÖ.*

jedoch erhebliche Mehrkosten verursachen, die weder die Länder noch der Bund tragen wollen. Übrigens steht im Konzept vom 17.11.: „Die BAKiPs werden von Bildungsanstalten in berufsbildende höhere Schulen (BHS) mit entsprechenden Qualifikationen und Berechtigungen übergeführt.“ In der Praxis passiert derzeit aber genau das Gegenteil. Offensichtlich um „einzusparen“ ist ab Herbst 2016 durch das Ministerium eine starke Kürzung bei den musikalischen und kreativen Fächern vorgesehen!

Übrigens stimmte der Finanzminister Schelling dem 18 Seiten umfassenden Plan der „Bildungsreformkommission“ nur unter der Bedingung zu, dass keine Zusatzkosten entstehen. Aber schon im

Bildungsbudget 2015 klafft eine Lücke von 350 Mio. Euro. Zusätz-



lich ist Heinisch-Hosek der BIG (= Bundesimmobiliengesellschaft) auch noch die Miete über 88 Mio. Euro für die Schulgebäude von 2014 schuldig! Daher verlangte die SPÖ-Ministerin im Zuge der Budgetberatungen vom ÖVP-Finanzminister, er möge „die strukturelle Unterdotierung des Bildungsressorts beheben“. So sind im Budget 2016 für die Landeslehrer 3,37 Milliarden budgetiert, das heißt um 160 Mio. weniger als 2015. Dies obwohl schon die 3,53 Mrd. für 2015 um 350 Mio. zu wenig sind. Dazu kommen auch noch die schulischen Mehrkosten für die Kinder der endlosen Völkerwanderung! Trotzdem soll ab März 2016 auch noch die Ausbildung der Bewe-



gungskoaches und Sportfreizeitpädagogen für die Sportaktivitäten der Ganztagschulen beginnen, welche ab dem Schuljahr 2016/17 aktiv sein sollen. Wie kann dies bitte alles finanziert werden?



## Die FPÖ steht zur AHS-Langform

Die im „Standard“ von Bildungsministerin Heinisch-Hosek angedeutete zwangsweise Umwandlung in Modellregionen von Gymnasien zu Gesamtschulen lehnt die FPÖ vollends ab: „Damit ist die Katze aus dem Sack und die von der FPÖ bereits seit langem befürchtete schrittweise Abschaffung der Gymnasien in der Langform eingeleitet“, so der freiheitliche Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz. „Den Eltern zu raten, sie sollten ihre Kinder – wenn sie damit nicht einverstanden sind – eben in eine andere Schule geben, ist blanker Zynismus, ebenso, wie den Lehrern zu sagen, sie sollten sich halt – wenn sie nicht an Gesamtschulen unterrichten wollten – versetzen lassen“, setzt Rosenkranz seine Kritik fort.

Ein Vergleich von Gesamtschulen und Nicht-Gesamtschulen sei überhaupt nicht nötig, da es bereits genug Erfahrungswerte damit gebe. Rosenkranz: „Wie verschiedene Studien aus Deutschland gezeigt haben, sind Schüler in Gesamtschulen ihren Altersgenossen in Gymnasien im Lernstoff um bis zu zwei Schuljahre hinterher.“ Eine solche Entwicklung werde es – wird der von Heinisch-Hosek eingeschlagene Kurs fortgesetzt – auch in Österreich geben.

„Die Frau Minister kann sich dann auf die Fahnen heften, dass sie für den rapiden Verfall des Bildungsniveaus an Österreichs Schulen persönlich verantwortlich zeichnet. Das ist ganz und gar nicht geil“, meint Rosenkranz auch in Hinsicht auf die nicht nachvollziehbare

Begeisterung von ÖVP-Staatssekretär Mahrer in diesem Zusammenhang.

### Die ÖVP und die 15 Prozent

„Offenbar scheint es in der ÖVP ein Kommunikationsproblem zu geben, wenn im Morgenjournal Staatssekretär Harald Mahrer und Klubobmann Reinhard Lopatka meinen, dass es zu keiner Ausweitung der 15%-Modellregionen für die Gesamtschulen kommen wird, aber im Unterrichtsausschuss die ÖVP-Abgeordneten Brigitte Jank und Karlheinz Töchterle meinen, dass man über alles diskutieren kann“, stellt FPÖ-Bildungssprecher und Obmann des Unterrichtsausschusses NAbg. Dr. Walter Rosenkranz fest.



„Wenn bei der ÖVP schon von vornherein feststeht, dass ohnehin nichts geändert wird, ist es logischerweise völlig sinnlos, mit der ÖVP zu diskutieren. Die FPÖ bleibt jedenfalls auf Kurs, das Gymnasium in der Langform über mindestens zehn Jahre hinaus weiter zu erhalten“, so Rosenkranz.

**Dem  
Freiheitlichen Österreichischen  
Lehrerverband**  
4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at  
gehören an:

**Freiheitlicher  
Niederösterreichischer  
Lehrerverein**

Obmann: OStR. Mag. Dr. Josef Pasteiner  
2700 Wr. Neustadt  
Schönthalgasse 1

**Freiheitlicher Oberösterreichischer  
Lehrerverein**

4040 Linz, Blütenstraße 21/1  
Obmann:  
Prof. Dipl. Ing. Harald Sander

**Freiheitlicher Salzburger  
LandesLehrerverein**

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10  
Obmann: Dipl.Päd. Gernot Hatzenbichler  
Metzgerweg 9, 5071 Wals

**Freiheitlicher Lehrerverein  
Steiermark**

8010 Graz, HansSachsGasse 10/4  
Obmann: Jürgen Zechner

**Freiheitlicher Lehrerverein Tirol**

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72  
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg  
6020 Innsbruck,  
KanonikusGamperGasse 4

**Kontakt Vorarlberg**

Mag. Siegfried Neyer  
Widumweg 4  
6780 Schruns

**Freiheitlicher Wiener Lehrerverein**

Obmann:  
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer  
Bartensteingasse 14  
1010 Wien

**Kontaktadresse Burgenland:**

HOL Josef Kotzenmacher  
Weingartengasse 5  
7152 Pamhagen

**Bildungsverein für freiheitliche und  
unabhängige Lehrerinnen und  
Lehrer**

**in Kärnten (BVFU):**

Obfrau: Ma g.Sabine Hinteregger  
Siebenhügelstr. 128  
9020 Klagenfurt

**Die Leitung des Freiheitlichen  
Österreichischen Lehrerverbandes:  
Obmann:**

**Mag. Siegfried Neyer,  
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:  
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner  
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer

## Die Bombe ist geplatzt!

Von Dieter Grillmayer

Nach den zunächst beschwichtigenden und zuletzt euphorischen Meldungen zur Zentralmatura und deren Verlauf im Einführungsjahr 2015 ist jetzt die Bombe geplatzt. Ausgerechnet der vormalige PISA-Papst Günter Haider hat im „Standard“ vom 1. Februar auf Ungeheimheiten aufmerksam gemacht, die ihm trotz der restriktiven Informationspolitik des Ministeriums beim Studium der Ergebnisse aufgefallen sind. Im Wesentlichen betrifft das vier Punkte:

1. Die großen prozentmäßigen Unterschiede bei den negativ benoteten Arbeiten in den einzelnen Bundesländern. Oberösterreich ist Spitze; Wien, Salzburg und Vorarlberg landeten am unteren Ende.
2. Die eklatant größere Zahl der „Nicht Genügend“ bei den Mädchen gegenüber den Burschen, und zwar nicht nur in Mathematik, sondern auch in Englisch.
3. Die großen Unterschiede zwischen den achtjährigen Gymnasien/Realgymnasien und den Oberstufen-Realgymnasien (BORGs). In Kärnten zum Beispiel hatten die BORGs in Mathematik 28 Prozent, in Englisch 23 Prozent negative Ergebnisse zu verzeichnen, die AHS-Langformen hingegen nur neun bzw. sieben Prozent.
4. Die eklatante Verbesserung des Gesamtergebnisses durch die „Kompensationsprüfungen“, wo mehr als die Hälfte der schriftlichen „Nicht Genügend“ ausgebessert werden konnte.

Gleich am 2. Februar hat daraus Andreas Unterberger in seinem Blog ([www.andreas-unterberger.at](http://www.andreas-unterberger.at)) unter dem Titel „Waterloo für Gesamtschul- und Gender-Agitation“ Schlüsse gezogen, die viel Wahrheit enthalten, die ich aber doch ein wenig relativieren möchte. Und am 3. Februar

meldete sich, wieder im „Standard“, der Klagenfurter Bildungsforscher Werner Peschek unter dem Titel „Experte: Hohes Maß an Manipulation bei der Zentralmatura“ zu Wort. Er habe schon im Vorfeld vor einem schlechten Ergebnis und



davor gewarnt, was dann passieren wird: „Man wird vertuschen, nachkorrigieren, nachhelfen.“

Im Zuge der damit voll entbrannten Diskussion, bei der auch die bekannt gewordenen Manipulationen bei der Beurteilung der schriftlichen Arbeiten eingeflossen sind, haben Lehrer- und Schülervertreter sowie FPÖ-Bildungssprecher Dr. Walter Rosenkranz gefordert, dass die Korrektur und die Benotung der schriftlichen Arbeiten (nach einem einheitlichen Schlüssel) in Zukunft nicht mehr durch die Klassenlehrer erfolgen sollen, sondern an schulfremde Fachkollegen ausgelagert werden. PISA-Haider selbst hat hinsichtlich Punkt 3 vorgeschlagen, die BORGs wieder auf fünf Jahre zu verlängern, wie das bei der Einführung dieses Schultyps ja der Fall war.

Ich selbst habe schon in den 1990er-Jahren für die Zentralmatura plädiert, um die Wahrheit ans Licht zu bringen und damit Verbesserungen zu erzwingen, weil mir die großen Niveauunterschiede, von Bundesland zu Bundesland, von Schule zu Schule und von Klasse zu Klasse ja bekannt waren. Die Dimension des Problems hat mich

aber jetzt selbst überrascht. Andererseits möchte ich darauf hinweisen, dass sich die hier genannten Zahlen – und die Rangordnung der Bundesländer – nur auf die Gescheiterten beziehen und nicht auf die Gesamtqualität, also auf die guten und sehr guten Leistungen. Das vermag auch die Diskrepanz zwischen dieser Rangordnung und den Ergebnissen der Bildungstests, z. B. in Salzburg, einigermaßen zu erklären.

Zu Punkt 2 ist zunächst einmal zu sagen, dass sich darin die Tatsache abbildet, dass viel mehr Mädchen als Burschen eine AHS besuchen, dass die intellektuelle Potenz, auf die es dabei bekanntermaßen ankommt, aber wohl annähernd gleichverteilt ist. Daher kommen auch mehr Mädchen als Burschen „ins Schwimmen“, was sie aber durch größeren Fleiß und Wohlverhalten annähernd ausgleichen können. Bei der Matura und den geballten Anforderungen innerhalb weniger Tage – und wohl auch weil weniger stressresistent als ihre männlichen Kollegen – sind sie dann aber überfordert. Nochmals sei darauf hingewiesen, dass die guten, ja zum Teil ausgezeichneten Leistungen von Mädchen – auch in Mathematik – in die hier vorgelegte Statistik nicht einfließen.

Punkt 3 spricht natürlich ganz eindeutig für die achtjährigen AHS-Langformen mit ihren doch noch immer halbwegs durchkomponierten Lehrgängen. Möglicherweise beruht die Präferenz des Vorarlberger Landeshauptmannes Markus Wallner für die Gesamtschule darauf, dass er ein solches achtjähriges Kontinuum und seine Vorzüge nicht kennt, hat er doch nach dem Besuch der Hauptschule das BORG Feldkirch besucht und dort die Matura abgelegt. Zur Ehrenrettung



der BORGs und vor allem ihrer Lehrer darf ich meine Erfahrung als Maturavorsitzender beifügen: So viele engagierte Lehrer wie an den BORGs (Linz, Perg, Ried) habe ich bei keinem anderen Schultyp kennengelernt.

Punkt 4 ist aber nun wirklich der „Hammer“. Sollte das Ministerium auf die Schulen und Lehrer tatsächlich Druck ausgeübt und das Ergebnis damit „frisirt“ haben, dann wären ein Rücktritt und haufenweise Disziplinarverfahren fällig. Andererseits kann ich von meiner ehemaligen Schule berichten, dass dort 2015 annähernd dieselbe Durchfallsquote von gut zehn Prozent erreicht wurde wie in den Zeiten davor.

Was wäre zu tun? Es wäre an vielen Rädern zu drehen, und zwar in die richtige Richtung: im Parlament, im Ministerium, bei den Landes-schulbehörden, an den Schulen und in der Aus- und Weiterbildung der Lehrer. Die diesbezüglich gerade im Gang befindliche Reform ist da eher kontraproduktiv, und ebenso der Trend zur modularen Oberstufe. Zwei Beispiele dafür, wie nun schon seit mehr als vier Jahrzehnten in die falsche Richtung gedreht und ein einstmals gutes Schulsystem kaputt gemacht wird.

*Veröffentlicht:  
FM 1/2016  
Genius-Brief 2/2016*



## Neuer Vorstand beim Freiheitlichen Salzburger Landeslehrerverein (FSL)



Unser langjähriger Obmann Mag. Hans Lehrer hat den FSL in jüngere Hände übergeben. Im Frühjahr 2015 wurde einstimmig Gernot Hatzenbichler zum neuen Landesvorsitzenden des FSL gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Gerhard Rakuscha und Hans Lehrer bestellt. Hans Lehrer

fungiert auch weiterhin als Fraktionsführer im Kollegium des Landesschulrats für Salzburg.

Im November 2015 fand die erste Veranstaltung mit dem Thema „Lehrer sein, das war einmal was!“ statt. Dabei referierte der Nationalrat und Bildungssprecher der FPÖ Dr. Walter Rosenkranz. Gernot Hatzenbichler und Gerhard Rakuscha arbeiten sehr eng zusammen, treten als Team auf und planen bereits die nächste Veranstaltung im Pinzgau. Weitere Veranstaltungen bzw. Stammtische in den Bezirken werden folgen.

Um unsere Forderungen und Anliegen auch umsetzen zu können arbeitet der FSL eng mit der Landespartei zusammen. Zukünftig ist auch eine enge Kooperation mit der

AUF und der FSG geplant. Die Mitgliedschaft bei der FSG bietet eine günstige und unabhängige Alternative zur GÖD. Ausschlaggebend für die weitere erfolgreiche Arbeit ist, dass sich auch weiterhin Kollegen und Kolleginnen finden, welche bereit sind, sich für ihren Berufsstand einzusetzen und aktiv mitarbeiten.

Informationen über unsere Arbeit und über aktuelle Geschehnisse in der Bildungspolitik sind über die Webseite des Lehrerverbands bzw. über unsere Facebookgruppe abrufbar.

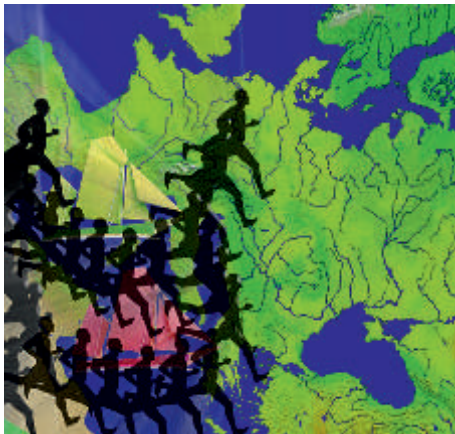


# Überlegungen zur neuen Völkerwanderung

Von Peter Winterberger

Fast drei Millionen „Wanderungswillige“ sollen sich nach den Schätzungen sogenannter „Migrationsexperten“ noch in den kommenden zwei Jahren entschließen, ihre Heimat zu verlassen, um ihre Zukunft in Europa neu ordnen zu können. Nach den Syrern sind es vor allem Afghanen, welche ihre Zukunft in Deutschland und sehr häufig auch bei uns in Österreich sehen.

In diesem Zusammenhang muss die Frage erlaubt sein, warum alle diese Menschen Asyl in Ländern mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung erhalten wollen und nicht in islamisch geprägten Nachbarländern? So wird z. B. Kirgistan von österreichischen Jagdanbietern beworben! Außerdem dürfte weitgehend bekannt sein, dass in den afghanischen Nachbarländern Turkmenistan oder Usbekistan



(beide flächenmäßig größer als Deutschland) derzeit keine kriegerischen Auseinandersetzungen stattfinden! Beide Länder weisen eine sunnitische Mehrheitsbevölkerung von mehr als 80 % auf! Touristen, welche Zentralasien problemlos bereisen konnten, bestätigen, dass es in Buchara, Taschkent oder Samarkand Hotels gibt, welche z. T. westlichen Standard aufweisen! Auch im öl- und erdgasreichen Kasachstan nagt die Bevölkerung (50% Muslime) nicht am Hun-

gertuch!

Ich bin völlig überzeugt davon, dass all diese Länder sicherlich von Seiten der UNO entsprechende Hilfen bekommen würden, sollten deren Regierungen um Unterstützung bitten! Im Augenblick muss man jedoch Innenministerin Mikl-Leitner beipflichten, wenn sie meint, dass der Großteil der „Schutzbedürftigen“ in Ländern um Asyl ansucht, wo es dieses „a la carte“ gibt! Gar nicht erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang die Türkei, deren Präsident es als sein gutes Recht betrachtet, vor Wahlen in deutschen Stadien seiner Community, die zu Zehntausenden dorthin pilgerte – übrigens auch nach Wien – weismachen konnte, dass Assimilation ein „Verbrechen“ sei, während er den Kindern seiner geflüchteten Glaubensgenossen aus Syrien in der Südosttürkei elementarste Rechte wie etwa Schulbildung gar nicht oder nur unzureichend gewähren möchte. Nichts dabei findet Sultan Erdogan, wenn er mit diesem „Faustpfand“ die EU erpresst!

Was nun diese neue Völkerwanderung betrifft, so ist man versucht, hier die Geschichte zu bemühen: 732 war die Vorhut der aus Spanien ins Frankenreich eingedrungenen Mauren unter ihrem Führer, dem Damaszener Abd ar Rahman, gewillt, ganz Europa dem Islam einzuverleiben, hätte nicht Karl Martell mit seinen Panzerreitern bei Tours und Portiers sich ihm entgegengestellt. Unweit von diesem Schlachtort befanden sich beim Tross der Mauren auch Frauen und Kinder, welche ihren kämpfenden Männern auf ihrem erhofften Siegeszug u. a. später auch in Richtung Köln (!) hätten folgen sollen! 1664 (Mogersdorf) und 1683 (Wien) waren es dann Montecucco-

li, Prinz Eugen, und König Johann Sobieski, welche ein weiteres Vordringen der Osmanen mit militärischen Mitteln verhinderten.

Im Herbst 2015 „durften“ Soldaten des österreichischen Bundesheeres bei der Verpflegung „schutzbedürftiger“ Syrer und Afghanen Hilfs-



dienste leisten - allerdings ohne Waffen, um bei den Flüchtlingen nur ja keine traumatischen Erinnerungen an ihre Heimat hervorzurufen! – Dabei wird von den verantwortlichen Politikern bzw. Offizieren vollkommen ausgeblendet, dass in den Heimatländern fast aller Migranten der Besitz und z. T. auch das Tragen von Waffen mehr oder minder „zum guten Ton“ gehört, erst recht bei Uniformträgern! Udenkbar wären z. B. Übergriffe alkoholisierter Marokkaner, wie sie sich diese nach Überstellung wegen ihrer illegalen Einreise durch die bairischen Behörden am Linzer Bahnhof geleistet haben, etwa in Rabat oder in Casablanca!

Auf alle Fälle wird der Patriotismus von uns Österreichern – ganz zu schweigen von einer Begeisterung für die Belange eines europäischen Bewusstseins – in diesen Monaten auf eine harte Probe gestellt!



## Lehrerprobleme durch Flüchtlinge und deren „Bildung“

Von Josef Pasteiner

**In einem offenen Brief an Bildungsministerin Heinisch-Hosek vom 27.1.2016 schlagen die Wiener Pflichtschullehrer Alarm: „Bei der rasanten Zunahme an Flüchtlingskindern stößt die Wiener Pflichtschule an ihre Grenzen. Über einen längeren Zeitraum gesehen, überfordert die Situation bei aktuellen Rahmenbedingungen, den Schulbereich bei weitem. Unterstützendes Personal ist kaum vorhanden. Wir benötigen an den Standorten dringend Übersetzer, um grundlegende Abläufe des Schultages den betroffenen Kindern und Eltern überhaupt verständlich machen zu können. KollegInnen berichten über den schwierigen Umgang mit schwer traumatisierten Kindern, erhalten aber fast keine Unterstützung durch Psychologen.“ So schrieb der oberste Wiener Personalvertreter Stephan Maresch von der ÖVP-nahen FCG. Es brauche dringend mehr Unterstützung vom Ministerium. Bislang wurden in Wiens Pflichtschulen mehr als 1950 Flüchtlingskinder aus Syrien, Irak, Afghanistan usw. aufgenommen.**



Auch in Niederösterreich wurden im Jänner 2016 allein im Pflichtschulbereich bereits 2138 Flüchtlingskinder betreut. Rechnet man die Höheren Schulen mit, lag die Zahl bei über 2400. Auch hier gab es heftige Kritik am Bildungsministerium, da keine zusätzlichen Ressourcen gewährt wurden. Für den Unterricht der Flüchtlingskinder benötigte man rund 80 Dienstposten, was dem Landesbudget Mehrosten von 3,3 Mio. Euro verursachte. Dies erfolgte auf Kosten des bestehenden Stellenplans vom Schulbeginn 2015 und geht auf Kosten des allgemeinen Unterrichts, warnte Helmut Ertl, Vorsitzender der NÖ-Landeslehrer. Eine unter dem Titel „Förderung aller Kinder“ verfasste NÖ-Unterschriftenprotestliste an die Ministerin, haben fast 5.000 von 13.000 Lehrern unterschrieben. Unterstützung erhielten die Lehrer

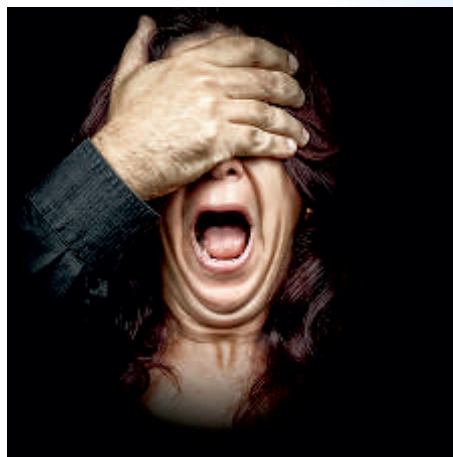
von der ÖVP-Bildungslandesrätin Barbara Schwarz, die darauf hinwies, dass dieser enorme Anstieg an Flüchtlingskindern seit Oktober im Stellenplan keine Berücksichtigung fand. Schwarz: „Unser Schulsystem kommt ressourcenmäßig mit großen Schritten an seine Grenzen.“ Darauf wurde Schwarz von der SPÖ-Bildungssprecherin im Nationalrat, Elisabeth Grossmann, attackiert: Sie übe nur destruktive Kritik, die Ministerin handle.

Tatsächlich beschloss die Regierung am 27.1.2016 die Aufteilung der 75 Mio. Euro, die zusätzlich für Flüchtlinge bereit gestellt wurden. 24 Mio. Euro davon bekam die SPÖ-Bildungsministerin. Mit dem Geld sollten 200 neue Stellen für Sprachförderung und 1.200 zusätz-

liche Plätze für Alphabetisierungskurse geschaffen werden. Nur 80 zusätzliche Plätze gab es für mehrsprachige mobile Teams zur Unter-



stützung der Lehrer. Anfangs 2016 erhöhte sich die Zahl der Flüchtlingskinder österreichweit auf über 10.000, mit weiterer täglicher Zunahme. Paul Kimberger, Vorsitzender der Pflichtschullehrergewerkschaft: „Es geht nicht nur um die Alphabetisierung oder die Unterrichtssprache Deutsch, sondern um viel mehr: Wir haben in den Schulen von Krieg und Flucht traumatisierte Kinder, für die wir nach wie vor kein Unterstützungspersonal haben – keine Sozialarbeiter, Ärzte oder Psychologen.“ Er vermisst eine Gesamtstrategie von Seiten der Bundesregierung.



Dies zeigte Niederösterreich auch an einem sehr eigenwilligen Projekt. Um jugendlichen, nicht mehr schulpflichtigen, Flüchtlingen die Integration in unserer Gesellschaft zu ermöglichen, sind auch die AHS im Einsatz. Im Herbst 2015 entschloss sich das BORG Mistelbach, die syrischen Burschen Omar,



Youssef und Salam (zwischen 15 und 18 Jahre alt) als außerordentliche Schüler (ohne Deutschkenntnisse!) aufzunehmen. Die Eltern unserer Schüler wurden zwar informiert, aber auf ihre Bedenken nicht eingegangen. Laut Gesetz dürfen nicht mehr schulpflichtige Jugendliche, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen, nur dann in die AHS als außerordentliche Schüler aufgenommen werden, wenn sie keine zusätzlichen Kosten verursachen. Es gibt auch keine zusätzlichen Ressourcen für Sprachförderung. Anfangs 2016 gab es aber schon 22 Schüler, oft auch ohne Kenntnisse des lateinischen Alphabets(!), im BORG Mistelbach, und seit Mitte Dezember bildeten sie eine eigene Klasse. Seit Februar 2016 gibt es österreichweit schon 30 solcher Standorte. Gutmenschlich sollen sie mit einem vereinfachten Lehrplan(!) an das Bildungsni-

veau der einheimischen Schüler herangeführt werden. Was in der Theorie einfach klingt, stößt in der Praxis an seine Grenzen. Medien berichten von mangelnder Pünktlichkeit, gänzlich fehlender Vorbildung und Lernanweisungen, die ignoriert werden. Die bis zu 25 Jahre alten Analphabeten können es oft auch gar nicht besser. Aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse ist Englisch die eigentliche Unterrichtssprache, aber einige Burschen verweigern die Übung, da sie nur Arabisch beherrschen.

### Zum Bildungsniveau der über 90.000 Asylwerber

2015 präsentierte uns das AMS am 12.1.2016 einen „Kompetenzcheck“ von 898 bereits Asylberechtigten: „Überraschenderweise“ stellte das AMS fest, dass jene aus Syrien, dem Irak und Iran sowie Afghanistan zu insgesamt 23 % Akademiker sind (Österreich hat nur 14 %). Von den Irakern und Iranern haben angeblich sogar 40 % ein Studium absolviert. Auch von den weiblichen „Flüchtlingen“ sollen 32 % Akademiker sein! 27 % haben angeblich Matura und 11 % eine Berufsausbildung. Es ist aber so, dass das deutsche Innenministerium schon im November vor gefälschten Bildungs- und Berufsabschlüssen warnte. Unter den vorgelegten Zeugnissen befanden sich in erheblichem Maße gefälschte Urkunden. Laut AMS konnten nur 30 % ihre angebliche Qualifikation mit „Zeugnissen“ belegen. So hat auch die deutsche Bundesagentur für

Arbeit, vergleichbar mit unserem AMS, die Asylwerber auf ihre Qualifikation untersucht und folgendes festgestellt: Höchstens 7 % sind Akademiker und nur 11 % haben eine berufliche Ausbildung. Aber 81 % sind ohne Qualifikation und viele davon Analphabeten. Von den jungen Flüchtlingen aus Afghanistan, Syrien und Irak haben bisher 70 % ihre Lehre abgebrochen. In der Schweiz wurde festgestellt, dass von den Zuwanderern aus Nahost fünf Jahre nach der Asyl-Erteilung 84 % von der Sozialhilfe leben.



*Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von NÖ, Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann von NÖ der Freiheitlichen Lehrer.*





## Die Mitschuld der Medien am verrückten Willkommens-Karneval



Die Geschichte der gegenwärtigen Völkerwanderung ist auch eine Geschichte vom Versagen der Medien. Es wäre höchste Zeit für eine Aufarbeitung dieses Versagens.

Wer regelmäßig die Hervorbringungen deutscher Medien konsumiert, der kann seit Kurzem einen erstaunlichen Klimawandel feststellen. Wo bisher nur traurige Kinderaugen Berichte über Migranten illustrierten, Kriminalität unter „Schutzsuchenden“ nonchalant ignoriert wurde, afghanische Analphabeten als Lösung des demografischen Problems dargestellt und ganz allgemein die jetzige Völkerwanderung als das Beste dargestellt wurde, was Deutschland seit dem Ableben Adolf Hitlers zugestoßen ist, zieht langsam wieder so etwas wie Realismus ein.

Plötzlich poppen Tag für Tag Berichte über Vergewaltigungen in diesem Milieu auf, wird die Frage der beruflichen Qualifikation der Zuwanderer ernsthaft erörtert und dürfen sogar Begriffe wie Grenzzaun verwendet werden, ohne dass sofort die zu spät geborenen Antifaschisten Nazi-Alarm auslösen.

Ganz offensichtlich beginnt die sogenannte vierte Macht im Staate gerade ein heftiges Wendemanöver. Um nicht von den herabstürzenden Trümmern des gerade kollabierenden willkommensindustriellen Komplexes erschlagen zu werden, entsorgen die intelligenteren Medienmacher gerade die publizistischen Artefakte der Willkommenskultur und tun zunehmend wieder, was ihr Job ist: die Wirklichkeit abzubilden, so wie sie

ist.

Zusammen mit der sogenannten Zivilgesellschaft wachen sie aus einem kollektiven Rausch auf, der im vergangenen Sommer begonnen hat und das deutschsprachige Mitteleuropa in eine Art moralisch hyperventilierende Raserei versetzt hat. Unvergesslich wird bleiben, wie Frauen in sommerlich knapper Kleidung an den Bahnhöfen jungen arabischen Männern aus einer frauenverachtenden Kultur „Welcome Kisses“ darboten, Symbol einer durch und durch infantilisierten westlichen Gesellschaft ohne Verstand und ohne Verständnis.

Doch längst sind die willkommenskulturellen Winkelemente entsorgt. Stattdessen wird langsam sichtbar, welchen Schaden dieser irrsinnige Karneval der Grenzenlosigkeit angerichtet hat und noch anrichten wird – nicht zuletzt dank eines Versagens vieler Medien, die sich ohne Not zum Teil dieser kollektiven Psychose gemacht haben, anstatt sie zu diagnostizieren.

Die Medien trifft damit eine gewisse Mitverantwortung, die „aufzuarbeiten“ ihnen gut zu Gesichte stünde, so wie sie ja auch sonst bei jedem größeren Institutionenversagen schnell mit der Forderung nach „Aufarbeitung“ zur Stelle sind.

Ansatzweise und punktuell ist das in Deutschland auch schon geschehen, wenn auch noch nicht großflächig und systemisch. Immerhin hat, schon im Herbst, ARD-Chefredakteur Kai Gniffke Manipulationen zugegeben: „Wenn Kamerateure Flüchtlinge filmen, suchen

sie sich Familien mit kleinen Kindern und großen Kulleraugen aus.“ Tatsache sei aber, dass „80 Prozent der Flüchtlinge junge, kräftig gebaute alleinstehende Männer sind“. Auch das ZDF musste sich mittlerweile für seine skandalös langsame Berichterstattung über die Kölner Exzesse entschuldigen.

Es ist freilich nicht Läuterung, sondern eher Existenzangst, die manche Medien nun wieder in die Nähe des Pfades journalistischer Tugend zurückführt. Denn dank des Info-Dschungels Internet kommen immer mehr mediale Manipulationen ans Licht, die Deutungshoheit der traditionellen Medien ist Geschichte. Sie spüren und merken gerade: Wenn wir unser Publikum nicht informieren, sondern umerziehen wollen, und dazu auch noch vertuschen und verschweigen, dann werden uns die verbliebenen Kunden mit nassen Fetzen davonjagen.

Gerade den öffentlich-rechtlichen Leitmedien – aber nicht nur ihnen – stünde es gut an, ihre Teilhabe am willkommenskulturellen Karneval einmal aufzuarbeiten und plausibel zu machen, wie sie zumindest eine Wiederholung dieses partiellen Versagens hintanhaltend wollen. Opportunismusgetriebener Klimawandel allein ist da zu wenig.

*Quelle: Christian Ortner in „Die Presse“, Print-Ausgabe, 22.01.2016*



**Van der Bellen sieht keine Chancen oder will sich blamieren**

Ich denke, dass sich der Kandidat der „Grünen“ selber keine Chancen ausrechnet, Bundespräsident zu werden. Sonst würde er nicht ankündigen, eine FPÖ als Regierungspartei verhindern zu wollen. Denn mit der Möglichkeit, dass sich nach der nächsten Wahl im Parlament eine regierungsbereite Mehrheit unter Einschluss der FPÖ-Abgeordneten findet, muss er wohl rechnen. Und dann kann der Präsident gar nichts dagegen tun. Thomas Klestil hat es versucht, damit eine Staatskrise heraufbeschworen und schließlich einlenken müssen. Will sich Van der Bellen auch eine solche Blamage antun?  
*Dieter Grillmayer*

Freiheitlicher Lehrerverband  
 Blütenstraße 21/1  
 4040 Linz

**Freie  
 Lehrer**

**Beitrittserklärung**

Vorname: ..... Zuname: .....

Schultyp: ..... Amtstitel: .....

Straße/Nr.: .....

PLZ / Ort: .....

E-Mail: .....

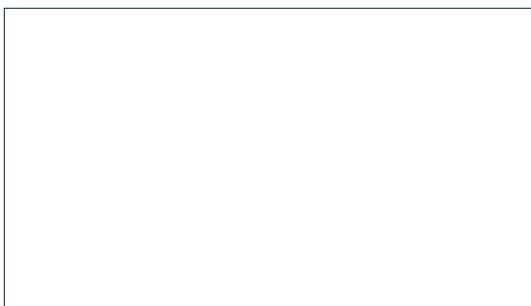
Tel.Nr.: ..... geb. am: .....

Ich trete dem FLV Landesverein ..... bei.

Datum:

Unterschrift:

Freiheitlicher Lehrerverein



**Kontakt:**

**flv@gmx.at**